

Schweizer Firmen schaffen mehr Steuertransparenz

Die OECD will Konzerne stärker lokal besteuern. Nun legen Schweizer Firmen vermehrt Leistungen offen.

Laurina Waltersperger

Immer mehr Schweizer Firmen gewähren Einblick in ihre Steuerzahlungen. Das zeigt eine neue Studie des Beratungsunternehmens PwC. Sie untersucht die 50 grössten Firmen aus 10 Branchen in der Schweiz. Während 2018 erst 24 % zusätzliche Informationen zu Steuerzahlungen und Steuerstrategie geliefert hätten, seien es 2019 bereits über ein Drittel, sagt Christian Ulbrich, Steuerexperte bei PwC.

Der Trend dürfte sich verstärken: Eine entsprechende Entwicklung zu mehr Transparenz beobachtet auch Martin Hess, Leiter des Steuerbereichs beim Verband Swissholdings. «Die Zurückhaltung bei den Unternehmen ist zwar noch gross. Aber angesichts der jüngsten internationalen Steuerentwicklung, getrieben von der G-20, wird die Steuertransparenz zunehmen.» Deshalb seien die Firmen, die bereits Steuern in vielen Märkten zahlten, eher bereit, dies offenzulegen. Denn: «Wer Einblick gewährt, hofft, sich bei den Reformvorschlägen einbringen zu können», sagt Ulbrich von PwC. Die OECD, welche die Steuerreform

erarbeitet, hat soeben ihre Vernehmlassung beendet. Im Januar soll die Grundarchitektur der Reform vorliegen.

Die Reform zur Firmenbesteuerung widerspiegelt den politischen Willen der G-20, gegen die global wachsende Ungleichheit vorzugehen. Digitale Konzerne benötigen in bestimmten Ländern keine Niederlassungen mehr, um dort tätig zu sein und zahlen keine Steuern. Konzerne, die grosse Produktionen in Niedriglohnländern betreiben und dort kaum Umsätze erzielen, sollen lokal mehr Steuern zahlen. Letztere sähen nun vermehrt die Chance, offenzulegen, was sie in wirtschaftlich schwachen Län-

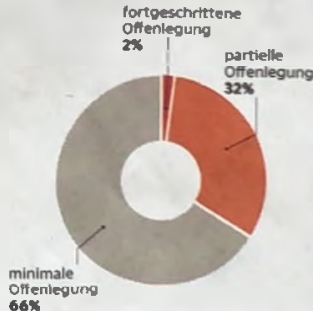
dern bereits an Steuern leisteten, sagen Experten. So wollen sie sich aus dem Fokus der Öffentlichkeit und der OECD nehmen.

Doch es geht um mehr als das Image. Nachdem die Öffentlichkeit durch die Enthüllungen der «Offshore-Leaks» und «Panama-Papers» erfahren hatte, wie Steuern in Milliardenhöhe am Fiskus vorbeigeschleust werden, ist das Misstrauen gewachsen. «Aus Sicht der Öffentlichkeit gehören zu einer nachhaltigen Wirtschaft neu auch die Steuern», sagt Ulbrich.

Die «Global Reporting Initiative» setzt die weltweit bekanntesten Nachhaltigkeitsstandards und nimmt nun zum ersten Mal auch steuerliche Kriterien auf.

Transparenz wird Thema

Prozentuale Verteilung der öffentlichen Steuertransparenz



Quelle: PricewaterhouseCoopers

Das kommt nicht von ungefähr: Zahlreiche NGO verlangen jüngst mehr Verantwortung der Konzerne punkto Steuern. Dies fordern auch immer mehr institutionelle Investoren. «Zudem könnten viele Gesetzgeber den neuen Standard als Vorbild zum Erlassen lokaler Bestimmungen herbeiziehen», sagt Steuerexperte Ulbrich. Die Steuertransparenz werde sich daher beschleunigen. Diese Meinung teilt Peter Hongler, Professor für Steuerrecht an der Universität St.Gallen. Er gibt jedoch zu bedenken, dass es letztlich von den Staaten abhängt, wie nachhaltig und gerecht sie die Steuergelder für die Bevölkerung einsetzen.